

■ Prozess gegen Blogger erneut verschoben

In Vietnam ist die Bloggerszene sehr aktiv. Zur Vermeidung von Protesten wird der freie Informationsaustausch im Internet eingeschränkt und regimekritische Aktivisten, Journalisten und Blogger werden unter Druck gesetzt. So auch Ta Phong Tan. Seit September 2011 ist die frühere Polizistin Tan aufgrund ihrer Veröffentlichungen auf der Internetseite des Clubs freier Journalisten inhaftiert. Nach Angaben der vietnamesischen Justiz verfälsche sie die

Wahrheit und beleidige Partei und Staat. Sie wurde mit zwei anderen Bloggern zusammen nach Art. 88 Strafgesetzbuch wegen »Propaganda gegen den Staat« angeklagt. »Reporter ohne Grenzen« zufolge, prangerte Tan in ihren Artikeln Korruption und Justiz an. Bloggern drohen bis zu 20 Jahre Haft.

Aus Protest zündete sich Tans Mutter Ende Juli vor den Behörden der Provinz Bac Lieu selbst an und starb später an ihren Verletzungen. Die Behörden hat-

ten ihr den Besuch ihrer Tochter im Gefängnis verweigert. Der ursprünglich am 07. August 2012 stattfindende Prozess gegen Tan wurde nun verschoben.

Regimekritische Blogger werden seit Jahren regelmäßig verhaftet und verurteilt. Neben China ist Vietnam eines der Länder, das gegen seine Regimekritiker am restriktivsten vorgeht.

www.welt.de, 3.8.2012;

www.bbc.co.uk, 30.7.2012;

www.ntv.de, 3.8.2012

■ Erste Homosexuellen-Parade unter Regenbogenflaggen

Am 4. August 2012 fand die erste Gay-Pride-Parade in Hanoi statt. Auf bunt geschmückten Motorrollern und Fahrrädern zogen einige Schwule, Lesben, Bi- und Transsexuelle und ihre Sympathisanten durch die Straßen der Stadt und schwenkten die Regenbogenflaggen – das Symbol dieser Bewegung. Obwohl die Demonstration nicht genehmigt war, wurde sie doch geduldet und nicht durch die Polizei vorzeitig beendet. Begleitet wurde die Parade durch Vertreter der Botschaften Schwe-

dens, Kanadas und des Goethe-Instituts Hanoi; im Anschluss gab es Filmvorführungen, Podiumsdiskussionen sowie eine Konferenz.

In dem kommunistisch regierten Land ist Homosexualität nicht verboten, gilt aber als Tabuthema. Konfuzianische Werte wie Familiensinn und Tradition spielen eine große Rolle; Homosexualität wird oft mit Kriminalität und Krankheit in Verbindung gebracht.

Dennoch haben Homosexuelle in Vietnam Ende Juli dieses Jahres überraschend Unter-

stützung von Justizminister Ha Hung Cuong erhalten. Er brachte das Thema der gleichgeschlechtlichen Ehe ins Gespräch, weshalb es bei der jüngsten Sitzung der Nationalversammlung überhaupt auf der Tagesordnung stehen konnte.

Nach Myanmar und Laos, ist Vietnam das dritte Land, in dem eine Homosexuellen-Parade stattfand.

www.welt.de, 6.8.2012;

www.spiegel.de, 5.8.2012;

www.straitstimes.com, 5.8.2012

■ Der Konflikt um die Paracel-Inseln

Wie die Spratly-Inseln sind auch die Paracel-Inseln im Südchinesischen Meer schon lange Zeit stark umkämpft. Neben den Ansprüchen der anderen Anrainerstaaten sind es momentan vor allem Vietnam, China und Taiwan, die ihre Ansprüche erheben. Dabei geht es nicht um die vergleichsweise geringe Landmenge, sondern eher um die vermuteten Öl- und Gasvorkommen im Meeresboden, sowie ihre geographisch und strategisch günstige Lage.

Ende Juni 2012 verabschiedete Vietnam ein Gesetz, das die Paracel-Inseln zum Territorium Hanois erklärt. Chinas Antwort folgte

sogleich. Es erklärte Sansha im Juli 2012 zur Präfektur der chinesischen Provinz Hainan. Diese Präfektur beinhaltet damit die Paracel- und Spratly-Inseln, sowie die umliegenden Gewässer und ihre Rohstoffe. Am 22. Juli 2012 beschloss China die Stationierung von Soldaten in Sansha und kurz darauf die Etablierung einer Sicherheitszone um die Inseln herum.

Vor allem die gegenseitigen Provokationen an Stelle von Verhandlungen beschreiben die Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer.

Der Unmut der Vietnamesen äußert sich besonders in wieder-

holten Demonstrationen vor der chinesischen Botschaft in Hanoi.

Aber auch die USA kritisierte die Entscheidung Pekings Soldaten nach Sansha umzusiedeln, da dies den Gebietsstreit weiter eskalieren lasse. Der chinesische Außenminister Qin entgegnete, dass Chinas Souveränität über die Inseln im Südchinesischen Meer »unbestritten« und historisch begründet sei und die Stationierung der Soldaten in Sansha nur zur »Vervollkommnung« des Verwaltungsapparates diene.

www.zeit.de, 24.7.2012;

www.welt.de, 22.7.2012; www.sz.de,

23.7.2012; www.asianews.net, 7.8.2012